

Selbstverstärkung des Preis- und Kostenanstiegs“ für virulent. Ihr Wortführer, der Kieler Professor Herbert Giersch, attackierte die Vorliebe des Kanzlers für Vollbeschäftigung: „Es ist zwar sehr schön, die Sicherheit der Arbeitsplätze zu garantieren, aber solange niemand Furcht vor einer Rezession hat, solange dreht sich eben die Preis-Lohn-Spirale.“

Wie die drei Institute urteilte am Donnerstag letzter Woche auch der Zentralbankrat der Frankfurter Bundesbank. Das Direktoriums-Mitglied Dr. Heinrich Irmiler: „Es besteht jetzt die große Gefahr, daß wir in einen sich steigenden Preis- und Kostenauftrieb hineingeraten, wenn die inflationäre Mentalität nicht gebrochen wird.“ Wie die Institute empfiehlt auch die Bundesbank, daß Bonn steuerliche Maßnahmen ergreift, um den Preisauftrieb zu stoppen.

Außerdem empfahlen die drei Institute einen späten Ersatz für Schillers



ODER-NEISSE-GRENZE

Gott behüte

(siehe Titelbild*)

Franz Josef Strauß witterte eine „sozialistisch-kommunistische internationale“.

Rainer Barzel beschuldigte die Brandt/Scheel-Koalition, den Weg in die „Ungewißheit des Abenteuers“ angetreten zu haben, und rief zum Sturz der Regierung auf.

Vertriebenen-Präsident Herbert Czaja (CDU) bezichtigte den Kanzler des „Aufgebens der Menschenrechte“ und gelobte „ständigen Widerstand“.

Bonns erster sozialdemokratischer Regierungschef hatte ein Tabu durch-



erkennung, den Rainer Barzel in Form von Minderheitenschutz und Einreise-Erleichterungen immer noch zu empfangen hofft, bekommt Bonn von den zwei Jahrzehnte lang blockierten Polen nun eine Rechnung präsentiert.

Monatelang hatte Warschau auf strikter Trennung der Grenzfrage von den Gesprächen über einen Handelsvertrag bestanden: Die Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze sei eine „politisch-moralische Frage“ und dürfe nicht mit merkantilen Interessen verknüpft werden. Nun aber mochten sie Moral und Geschäft nicht länger auseinanderhalten. Sie forderten einen Kredit, der mit höchstens sechs Prozent verzinst werden soll und damit weit unter den zur Zeit üblichen Bedingungen auf dem deutschen Kapitalmarkt läge. Darüber hinaus verlangten sie jegliche Importbeschränkung für polnische Waren aufzuheben und auf Erzeugnisse aus deutsch-polnischer Ko-Produktion in der Bundesrepublik keinen Zoll zu erheben.



Verhandlungspartner Gomulka, Brandt, Verhandlungsobjekt Oder-Neisse-Grenze*: „Endgültig und unantastbar“

gescheiterte Februar-Initiative: eine zinsgünstige Bundesanleihe, die an Klein- und Mittelverdiener verkauft werden und so deren Konsumlust dämpfen soll.

Sollte sich Schiller im fernen Wörishofen für Gierschs Vorschlag erwärmen, kann er in Bonn wieder mit der Unterstützung jener Freidemokraten rechnen, die noch im Februar seine Pläne blockiert hatten. Denn FDP-Innenminister Genscher lobte den Plan: „Eine solche Anleihe habe ich schon einmal im Kabinett vorgeschlagen“, und SPD-Finanzminister Möller meinte: „Das könnten wir aus optischen Gründen vielleicht doch noch machen.“

Der amtierende Chef des Wirtschaftsressorts Klaus Dieter Arndt, der wie der Kanzler glaubt, daß Wahlsorgen und Wirtschaftsprobleme am besten mit Vollbeschäftigung gemeistert werden können, hält dagegen von der Volksanleihe wenig: „Das Ganze sieht zu sehr nach weißer Salbe aus.“

brochen, das unter drei CDU-Kanzlern und durch 20 Jahre Agitation deutscher Rechter aufgebaut und gepflegt worden war: Er will die Oder-Neisse-Linie als Polens Westgrenze anerkennen.

Überraschend machten Willy Brandt außer den Unbelehrbaren in Westdeutschland auch die Polen Schwierigkeiten. Als am Mittwoch vorletzter Woche AA-Staatssekretär Georg Ferdinand Duckwitz dem polnischen Vize-Außenminister Józef Winiewicz die Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze anbot, akzeptierte der Pole nicht, sondern forderte eine finanzielle Zugabe von 500 Millionen Mark. Warschau Unterhändler wollen sich die Annahme der Bonner Grenzkonzession abkaufen lassen.

Als neue Vorbedingung eines Grenzarrangements forderten sie von Bonn den Abschluß eines Handelsvertrags und die Hergabe eines 500-Millionen-Mark-Kredits zu Freundschaftskonditionen. Statt eines Lohns für die An-

* Blick über die Neisse auf Zgorzelec, den polnischen Teil von Görlitz.

Läßt Brandt die Grenzverhandlungen mit Polen an Warschaus Geldforderung scheitern, so ist seine gesamte Ostpolitik, auf die er sein persönliches Prestige gesetzt hat, in Gefahr. Denn Moskau fordert von Bonn als Bestandteil eines Gewaltverzichts-Abkommens die Anerkennung der Nachkriegsgrenzen in Europa. Und für die DDR-Staatsführung, die nur widerwillig und erst nach Intervention des Sowjet-Außenministers Gromyko den Dialog mit Bonn aufnahm, wäre ein deutsch-polnischer Eklat der willkommenen Anlaß, das innerdeutsche Gespräch abzubrechen.

Überdies würden jene Staaten zur Block-Solidarität gezwungen, die den deutsch-polnischen Ausgleich abwarten müssen, um selber Beziehungen zu Bonn aufnehmen zu können. Seit Monaten bekunden Ungarn, Bulgarien und die Tschechoslowakei Interesse an einer Normalisierung des Verhältnisses zur Bundesrepublik.

Den Dogmatikern in den Hauptstädten des Warschauer Pakts wäre durch einen Fehlschlag der Oder-Neisse-Ver-



Unterhändler Duckwitz, Winiewicz
„Was glauben Sie ...“

handlungen Anlaß gegeben, nun auch den Antifaschisten Brandt ebenso wie seine konservativen CDU-Vorgänger als „Revanchisten“ zu diffamieren.

Bislang hatte Brandt glauben können, er habe mit der Anerkennungsformel, die Duckwitz in Warschau vorlegte, schon das maximale Zugeständnis gemacht: „Die Bundesregierung und die Regierung der Volksrepublik Polen stellen fest, daß die Oder-Neiße-Linie die Westgrenze Polens ist. Die Bundesrepublik Deutschland wird die Integrität des polnischen Territoriums auch künftig achten. Bestehende Verträge werden hiervon nicht berührt.“

Obwohl Außenminister Walter Scheel am letzten Mittwoch vor dem Plenum des Deutschen Bundestags die Grenzformel lediglich als „Respektierung“ der polnischen Westgrenze interpretierte, enthält das Angebot bereits die Anerkennung. Nur noch formal nimmt die Bundesregierung durch den Hinweis auf „bestehende Verträge“ Rücksicht auf das im Potsdamer Abkommen und im Deutschlandvertrag postulierte oberste Kontrollrecht der vier Besatzungsmächte.

Mit einer zusätzlichen Verhandlungsmarge für die im Juni in Bonn geplante vierte Gesprächsrunde zwischen Deutschen und Polen glaubt Bonn einen Weg gefunden zu haben, die alliierten Ansprüche zu unterlaufen: Es will den Polen garantieren, auch bei Friedensvertragsverhandlungen, die ohnehin kaum noch wahrscheinlich sind, die Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze nicht mehr in Frage zu stellen und sie damit völkerrechtlich festschreiben.

Wie sehr Brandt sich mit dem Erfolg der Polen-Verhandlungen identifiziert, hatte er gleich zum Auftakt der Gespräche Anfang Februar erkennen lassen. Er gab seinem Chef-Unterhändler Duckwitz ein persönliches Schreiben an den polnischen Ministerpräsidenten Cyrankiewicz mit, um dem Unternehmen einen guten Start zu verschaffen.

Zwei Monate später schob der SPD-Vorsitzende Brandt einen Brief an Parteichef Wladystaw Gomułka nach, den mächtigsten Mann in der polnischen Führungsspitze. Er wandte sich an Gomułka, weil der KP-Chef den deutsch-polnischen Dialog mit seiner Rede vom 17. Mai 1969 eröffnet hatte. Damals bot er, abweichend von der bisherigen Haltung Warschaus, das bis dahin die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie zur Voraussetzung für jegliche Gespräche erhoben hatte, Verhandlungen über eine Grenzregelung an.

Schon in seiner Regierungserklärung vom Oktober 1969 war Brandt auf Gomułkas Angebot eingegangen und hatte seine Bereitschaft für Grenzverhandlungen signalisiert.

Der Pole wollte sichergehen und schickte im November als persönlichen Emissär den stellvertretenden Chefredakteur der Warschauer Zeitung „Zycie Warszawy“, Ryszard Wojna, ins Bundeskanzleramt. Gomułkas Botschafter tarnte seine Erkundungsmission hinter dem Wunsch nach einem Interview mit dem Bundeskanzler. Wojna meldete seinem Parteichef, daß Brandt die Verständigung mit Warschau ernstlich anstrebe.

Nach hoffnungsvollem Auftakt griereten die deutsch-polnischen Gespräche Anfang April in eine Krise. Polens Presse startete eine Kampagne, in der sie die Ernsthaftigkeit der Bonner Bemühungen in Zweifel zog. Zugleich wurde deutschen Journalisten in Warschau zu verstehen gegeben, daß sich Gomułka wegen seiner Verständigungsbereitschaft einer starken innerparteilichen Opposition zu erwehren habe.

Um die Verhandlungen zu retten und dem Befürworter des polnischen Verständigungskurses den Rücken zu stärken, entschloß sich der Kanzler zu einem Brief an Gomułka, einer „humanitären Aktion“ (Pressestaatssekretär Conrad Ahlers).

Am 18. April trafen Brandt, Duckwitz und Ahlers bei einem Essen des



CSU-Chef Strauß, Vertriebene
... was Illusionen für eine Rolle spielen“

Berliner Presseclubs mit dem ukrainischen Exil-Journalisten Alexander Korab zusammen, der sich hervorragender Beziehungen nach Osteuropa rühmt. Auch Korab meldete dem Kanzler, Gomułka sei in Schwierigkeiten.

Am nächsten Morgen nahm Brandt im Gästehaus des Berliner Senats das Thema wieder auf und stellte zur Debatte, ob er Duckwitz, der wenige Tage darauf zur dritten Runde nach Warschau reisen wollte, ein Schreiben an Gomułka mitgeben solle. Der AA-Staatssekretär hatte noch Einwände. Brandt vertagte die Entscheidung: „Ich werde es mir noch überlegen.“

Zurück in Bonn, entschloß sich der Kanzler kurzfristig, die Goodwill-Adresse zu schreiben. Am Dienstag fertigte er einen Entwurf und gab ihn dem schon reisebereiten Duckwitz zur Beurteilung. Jetzt stimmte der Staatssekretär zu und nahm den Brief (Anrede: „Sehr geehrter Herr Erster Sekretär“) vom Kanzleramt gleich mit auf den Weg nach Warschau.

Bei einem Gespräch unter vier Augen mit Winiewicz im mit grünen Blumenkästen gezierten roten Sandsteinbau des Warschauer Außenministeriums reichte Duckwitz seinem Partner den Brandt-Brief zur Weiterleitung an Gomułka, der zu jenem Zeitpunkt gerade zu den Lenin-Feiern in Moskau war.

Nach halbständigem Plausch wechselten die beiden Unterhändler aus dem Arbeitszimmer des Vize-Außenministers in den großen Verhandlungssaal, wo Journalisten der offiziellen Begrüßungszeremonie harreten. Auf der Türschwelle erinnerte sich Winiewicz laut: „Ich habe ja den Brief des Bundeskanzlers auf dem Schreibtisch liegenlassen.“ Er eilte zurück und steckte dann das Schreiben vor den Augen der Reporter in sein Jackett.

Prompt drangen aus Warschau Mutmaßungen über den Adressaten des Brandt-Schreibens nach Bonn. Dort störten sie den Koalitionsfrieden, denn Brandt hatte den Brief an Gomułka ohne Rücksprache mit seinem Außenminister Scheel geschrieben. Dessen Einverständnis glaubte er voraussetzen zu können, weil er schon einmal, wenn auch beiläufig, das Brief-Projekt mit seinem Vize erörtert hatte.

Überdies war Brandt davon ausgegangen, daß Staatssekretär Duckwitz den AA-Chef ins Bild setzen würde. Duckwitz überlegte auch, ob er Scheel, der in Luxemburg weilte, telephonisch informieren solle, ließ es dann aber sein. Begründung: „Wer weiß, wer da alles mithört.“

Als Außenminister Scheel, der von Luxemburg nach Spanien weitergereist war, am Freitagmorgen vorletzter Woche in die Bonner Zentrale zurückkehrte, fand er ein Telegramm seines Staatssekretärs aus Warschau vor.

Das Kabel führte Scheel in die Irre. Zu einem Zeitpunkt, wo sich die CDU-Opposition schon nach dem Brief angekündigt, las der immer noch ahnungslose Scheel in der Duckwitz-De-

pesche: „Hier wird nach einem Brief an Gomulka gefragt. Wir haben gesagt: Nein, es gibt so etwas nicht.“

Was Duckwitz als Tarnmanöver meldete, mißverstand Scheel als Bestätigung dafür, daß es keinen Brief gebe. Guten Gewissens unterrichtete er den Auswärtigen Ausschuß falsch.

Erst bei der Rückkehr ins Amt erfuhr der Minister die volle Wahrheit: Warschau-Reisender Duckwitz enthüllte am Telefon, daß der Brief nun dem gerade aus Moskau eingetroffenen Gomulka ausgehändigt worden sei. Scheel sah sich düpiert und entschuldigte sich telephonisch beim Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, dem früheren CDU-Außenminister Gerhard Schröder.

Die Christdemokraten jubelten. Rainer Barzel warf sich zum Schutzpatron von Walter Scheel auf: „Wir müssen uns vor den Außenminister stellen.“

Bonns CSU/CDU-Opposition, von Herbert Wehner aus ostpolitischer Gemeinsamkeit fristlos entlassen und von dem positiven Echo auf Brandts Aktionen gegenüber Moskau, Warschau und Ost-Berlin verunsichert, sah eine Chance.

Durch öffentliche Erklärungen und Bundestagsanfragen versuchten die Unions-Christen, die sozialliberalen Koalitionspartner zu entzweien und zugleich mit dem Stichwort „Geheimdiplomatie“ bei den Wählern Zweifel an der nationalen Zuverlässigkeit des sozialdemokratischen Kanzlers zu wecken.

Dabei machten Bonns Christdemokraten, die der Regierung ständig mangelnde Informationsbereitschaft vorwerfen, selber in ostpolitischer Geheimdiplomatie. So unterhielt sich Fraktionsgeschäftsführer Olaf von Wrangel, ohne den Kanzler davon zu informieren, mit dem Gomulka-Vertrauten Wojna. Fraktionsführer Barzel brütet sich geheimnisvoll damit, erst kürzlich eine „wichtige polnische Persönlichkeit“ empfangen zu haben.

Ingeheim bereiteten Spitzenpolitiker der CDU — der Mainzer Regierungschef Helmut Kohl ebenso wie der Bonner außenpolitische Profi Gerhard Schröder — Reisen in die polnische Hauptstadt vor.

Obleich Wojna in seinem Gespräch mit Wrangel die offizielle polnische Linie kompromißlos vertrat, wonach erst die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze das Verhältnis zwischen Bonn und Warschau entkrampfen könne, behaupten die Christdemokraten, sie hätten von den Polen erfahren, daß Warschau schon vor einem Grenzakkord zur Regelung humanitärer Fragen bereit sei (siehe SPIEGEL-Gespräch Seite 36).

Willy Brandt hat freilich aus dem Anschauungsmaterial von 20 Jahren christdemokratischen Regierens gelernt, daß in dieser Reihenfolge keine Ostpolitik zu machen ist. Seine Bereitschaft, anzuerkennen was ist, bedeutet das Ende einer Illusion. Die Vertriebenenfunktionäre, Nationalisten, Kalte Krieger und Stimmenfänger 25 Jahre lang wachgehalten hatten: der Vor-

stellung, die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs könnten revidiert werden.

Zwölf Millionen Deutsche (sieben davon aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße) mußten nach 1945 ihre angestammte Heimat verlassen, teils als Flüchtlinge, teils von den Siegern vertrieben. Von ihnen strömten acht Millionen in die westlichen Besatzungszonen; jeder sechste Westdeutsche war Ostflüchtling.

Die besitzlosen, entwurzelten, als lästige Eindringlinge behandelten Zuwanderer schlossen sich in 20 Landsmannschaften und ungezählten Vereinen, wie zum Beispiel dem „Verband der gehörlosen Vertriebenen“, der „Gemeinschaft heimatvertriebener Erzieher“ oder dem „Verband früherer Ostmühlen“, zusammen.

Im August 1950 gaben sich der „Zentralverband der vertriebenen

der fälschlicherweise so viel von den Grenzen von 1937 gesprochen. Wir sollten nicht vergessen, daß dies die Grenzen des Versailler Vertrages sind, die niemand in Deutschland je anerkannt hat.“

▷ Heinz Langguth, Landesverband Hamburg der vertriebenen Deutschen: „Das Deutsche Reich endet weder an der Elbe noch an der Oder-Neiße-Linie und darf dort auch niemals enden.“

▷ Erich Schellhaus (BHE), niedersächsischer Vertriebenenminister: Es müsse ins Strafgesetz aufgenommen werden, „daß diejenigen als Landesverräter gebrandmarkt und bestraft werden, die auf deutsches Land verzichten wollen“.

▷ Linus Kather, Präsident des „Bundes der vertriebenen Deutschen“ (BvD), erst CDU-, dann BHE-MdB: „Unser Recht auf die ostdeutsche Heimat ist ein von Gott gegebenes Recht, das wir nie aufgeben werden und das wir dann eines Tages ohne Gewalt durchsetzen werden.“

Kather, der inzwischen bei der NPD gelandet ist, führte damit den rhetorischen Trick vor, mit dem die Vertriebenen ihre im Grund aggressive Ideologie tarnen. Sie betonten immer wieder, daß sie ihre Forderung auf Revision der polnischen Westgrenze nur mit friedlichen Mitteln verwirklichen wollen, obwohl sie wissen, daß die Polen jene Gebiete ohne Krieg nicht mehr herausgeben werden. Der Revanche-Vorwurf des Ostens gegen die Bundesrepublik bezog sich entscheidend auf solche Argumente.

Alljährlich zu Pfingsten versammeln die Funktionäre mit der Lockung von Wiedersehens- und Trachtenfesten Hunderttausende von Bundesdeutschen mit Vertriebenen-Ausweisen und formulieren in markigen Worten ihr nationales Anliegen von neuem.

So erfolgreich war die Entrechteten-Lobby, daß in einer amtlichen Bekanntmachung des Bundesinnenministeriums von 1953 dekretiert wurde: „Kartographische Gesamtdarstellungen von Deutschland sollen das deutsche Gebiet in seinen Grenzen von 1937 zeigen“.

Durch Bundesgesetz wurde verfügt: „Kinder, die nach der Vertreibung geboren sind, erwerben die Eigenschaft als Vertriebener.“ Begründung: „Die Rechtsansprüche eines jeden deutschen Vertriebenen auf seine Heimat und seinen Besitz gehen automatisch auf die Kinder über, selbst wenn diese Kinder erst in der Bundesrepublik geboren wurden und somit die Heimat ihrer Familien nie gesehen haben.“

Zwei Jahrzehnte lang hatten die in Bonn regierenden Christdemokraten den Vertriebenen-Drang nach Osten als ihr politisches Kampfinstrument genutzt. Der rheinischen Staatspartei Konrad Adenauers kam das aggressive Pathos der Flüchtlingsfunktionäre zupass, um Wählerstimmen durch Kommunistenfurcht zu gewinnen. Der CDU-Regierung statteten die Vertriebenen bei Wahlen auch ihren Dank



Vertriebenen-„Tag der Heimat“
„Ein von Gott gegebenes Recht“

Deutschen“ und die „Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften“ in Stuttgart die „Charta der Heimatvertriebenen“ und erfanden ein bisher im Völkerrecht unbekanntes, „von Gott geschenktes Grundrecht der Menschheit“, das „Recht auf die Heimat“.

Prominente Vorsänger der Berufsvertriebenen sorgten dafür, daß die Welt die Brisanz des deutschen Nationalismus nicht vergaß:

▷ Wenzel Jaksch, Sudeten-Präsident und SPD-MdB: „Die Rückkehr ist eine politische Aufgabe für das ganze deutsche Volk.“

▷ Hans-Christoph Seebohm, Sudeten-Sprecher und Adenauers Verkehrsminister: „Es wird jetzt wie-

CZAJA: Wir werden demokratisch ständigen Widerstand leisten, das heißt geistig und politisch, einzeln und organisiert. Erstens: gegen den Tatbestand der Vorwegnahme eines Friedensvertrages durch die Bundesregierung, die als Vertretung eines Teils des deutschen Volkes gar nicht für ganz Deutschland Verträge in dieser Frage abschließen oder präjudizieren kann. Zweitens: gegen die Legalisierung der Massenvertreibung, gegen das Aufgeben der Menschen- und Gruppenrechte, der Freizügigkeit vom und zum angestammten Wohnsitz und der freien Entfaltung daselbst.

SPIEGEL: Glauben Sie, daß diese Haltung des Vertriebenen-Bundes der Verständigung von Polen und Deutschen dient?

CZAJA: Doch. Denn ich bin der Meinung, daß die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze einer Fortsetzung des Hitler-Stalin-Abkommens von 1939 über die Teilung Polens gleichkommt und mit der Unterschrift der Deutschen von 1970 die völlige politische Unterstellung des nach Westen verschobenen Polens unter das russische Protektorat erfolgt, ohne daß ein gerechter Ausgleich der freien Selbstbestimmung beider vorbehalten bleibt. Das wäre ein schwerer Verstoß nicht nur gegen die Interessen der Deutschen, sondern auch gegen die Interessen der Polen und das Selbstbestimmungsrecht der Polen. Wenn es um das Sicherheitsbedürfnis des polnischen Volkes geht, sollten die Sowjet-Union, die Bundesrepublik und Polen gemeinsam erklären, daß der Teilungsvertrag vom 23. 8. 1939 nicht mehr gelte.

SPIEGEL: Sie fühlen sich also auch als Interessen-Vertreter des polnischen Volkes?

CZAJA: Ich glaube, daß ein gerechter Ausgleich ohne deutsche Kapitulation auch im Interesse des polnischen Volkes, aber auch der Sowjet-Union liegt — und zwar anstelle der labilen Hegemonie in Mitteleuropa einen wirklichen und dauerhaften Ausgleich zwischen Ost und West, bei Wahrung der Menschen- und Gruppenrechte, bei Abbau der großen historischen Gegensätze durch schrittweise Verstärkung der unmittelbaren Zusammenarbeit in gesicherter Freiheit, zuerst im Bereich der Wirtschaft und dabei auch in menschlicher Wiederbegegnung der Fachleute, dann im kulturellen und schließlich in freien europäischen Strukturen zu erreichen. Noch bevor ich die Verantwortung im BdV übernahm, hat seine Bundesvertretung in Fortführung der Charta der Vertriebenen von 1950 die Erklärung beschlossen: „In einer gesicherten europäischen Friedensordnung ist Raum für einen dauerhaften und gerechten Ausgleich und eine enge Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Polen.“

dafür ab, daß sie am wachsenden Wohlstand teilhatten und durch die Lastenausgleichsgesetze mit inzwischen über 70 Milliarden Mark immerhin für manche Verluste entschädigt wurden.

Adenauer verhieß öffentlich den Ostpreußen, sie erhielten ihre Heimat zurück, wenn die Bundesrepublik fest und treu an der Seite ihrer Verbündeten stehe. Unter vier Augen gestand er ein: „Illusionen, meinetwegen nennen Sie es Illusionen, vielleicht haben Sie ja recht, aber was glauben Sie wohl, was für eine Rolle Illusionen so in der Weltgeschichte spielen.“

Dem entsprach des ersten Bundeskanzlers eigener Beitrag zum Oder-Neiße-Thema: Er äußerte gelegentlich, daß er sich ein Kondominium von Deutschland und einem „freien Polen“ in den Ostgebieten vorstellen könne.

Adenauer-Epigone Kiesinger hatte selbst zu solchen Gedankenspielerien keine Lust mehr. Er überantwortete das Problem dem Lauf der Geschichte und verriet dabei geduldig zuwartende Hoffnung auf Revanche: „Aber warum denn diese Eile, wer zwingt uns denn? Warum diese sterile Aufregtheit, wie Max Weber es nennen würde? Was wissen wir denn, was in zehn, in 20 Jahren sein wird?“

Was sein soll, sagte der „Bayernkurier“ des Franz Josef Strauß. Er verteidigte die CSU gegen den Vorwurf, ihr Gebaren erinnere an das der deutschnationalen Opposition gegen Stresemann, mit der Klarstellung, „daß Stresemann, gegen den sich die sogenannte ‚nationale Opposition‘ richtete, die Locarno-Verträge mit den Westmächten unter anderem deshalb schloß, um eine bessere Ausgangsbasis für die politische Auseinandersetzung mit den östlichen Staaten, besonders Polen, zu gewinnen. Auf der Grundlage einer Aussöhnung mit dem Westen stellte Stresemann den Status quo im Osten in Frage. Wenn überhaupt, dann läßt sich das Konzept der CSU also nicht mit dem nationalen Opposition, sondern nur mit dem Stresemanns vergleichen.“

In den ersten Jahren der Bundesrepublik setzten sich die Sozialdemokraten noch vehementer als die westlich orientierte Union für das deutsche Land im Osten ein. SPD-Parteichef Kurt Schumacher, preußischer Sozialist aus Kuhl an der Weichsel, meinte es ernst mit der Nation. Er konnte sich ein weltpolitisch neutrales, SPD-regiertes Deutschland nur in den Grenzen des alten Reiches vorstellen. Als KZ-Häftling und Führer einer NS-verfolgten Partei fiel es ihm schwer, zu verstehen, daß das ganze deutsche Volk für die Folgen der Nazi-Herrschaft verantwortlich gemacht werden sollte: „Die Sozialdemokratie hat nein gesagt zur Oder-Neiße-Linie... Wenn wir nein gesagt haben, dann haben wir ja gesagt zum freien Selbstbestimmungsrecht der Völker, auch des deutschen Volkes, auch nach dem Verbrechen der zwölf Jahre.“

Dreizehn Jahre später hatte die SPD zwar Schumachers nationales Konzept

aufgeben müssen, gebrauchte aber nun in Herbert Wehners Politik der „Anpassung an die Stimmungslage der westdeutschen Wähler“ das Pathos ihres ersten Nachkriegsführers zum Stimmenfang. 1964, auf ihrem Karlsruher Parteitag, präsentierte sich das SPD-Präsidium unter einer Mammut-Karte des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 mit der Inschrift „Erbe und Auftrag“.

Und ein Jahr später, im Wahlkampf, erklärte Wehner zum Deutschland-Treffen der Schlesier: „Die einseitige Grenzziehung entlang der sogenannten Oder-Neiße-Linie und die damit verbundene Annexion deutschen Gebiets ist für uns Sozialdemokraten nicht rechtskräftig.“

Erst als die SPD in der Regierung der Großen Koalition saß und Willy Brandt sich neben Kanzler Kiesinger als Außenminister profilieren mußte, schwenkten die Sozialdemokraten auf



Vertriebenen-Jugend
Heimatrecht geerbt

einen realistischen Ostkurs. Auf dem Nürnberger Parteitag im März 1968 prägte Brandt die neue Formel von der „Anerkennung beziehungsweise Respektierung der Oder-Neiße-Linie bis zur friedensvertraglichen Regelung“.

Der BdV protestierte und drohte: „Der Wähler wird bei der nächsten Gelegenheit zu entscheiden haben, ob er einer Partei seine Stimme geben kann, die gewaltsam geschaffene Unrechtstatbestände anerkennt und respektiert.“ Und BdV-Präsident Rehs, der kurz vor der Bundestagswahl 1969 von der SPD zur CDU wechselte, wollte die Anerkenner schrecken: Hinter ihm stünden „neun Millionen Wähler“.

In Wirklichkeit standen hinter Rehs nicht einmal die Wähler des bis dahin sicheren CDU-Wahlkreises Verden. CDU-Kandidat Rehs fiel durch. Die letzte Bundestagswahl zerstörte endgültig den Mythos, daß die Vertriebenen gegen eine Partei stimmen würden, die ihnen die Hoffnung auf die Kalte Heimat nimmt. In baden-württembergischen Stimmbezirken

zum Beispiel, in denen 80 und mehr Prozent der Wähler Heimatvertriebene und Flüchtlinge sind, verlor die CDU 0,8 Prozent und lag mit mehr als zehn Prozent unter dem CDU-Ergebnis im Landesdurchschnitt. Die SPD dagegen gewann 3,2 Prozent und lag mit elf Prozent über ihrem Landesergebnis.

Den umgekehrten Beweis, daß eine Partei, die sich schon in ihrem Namen als Interessenverband der Vertriebenen anbietet, nicht einmal auf die Mehrheit der Flüchtlingsstimmen rechnen kann, hatte schon in den 50er Jahren der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) erbracht. Unter seinem Chef, Waldemar Kraft, gelang dem BHE nur ein kurzes Zwischenspiel in der deutschen Politik. 1953 zog er mit 5,9 Prozent in den Bundestag ein, 1957 scheiterte er mit 4,6 Prozent an der Sperrklausel.

Auch in der Gesamtbevölkerung fand die Parole „Dreigeteilt — niemals!“ immer weniger Resonanz. Auf die Demoskopie-Frage „Sollten wir uns mit der jetzigen deutsch-polnischen Grenze — der Oder-Neiße-Linie — abfinden oder nicht abfinden?“ antworteten im November 1969 mit Ja 51 Prozent, mit Nein nur noch 32 Prozent. Sieben Jahre zuvor hatten sich nur 26 Prozent der Befragten mit der Oder-Neiße-Linie abfinden wollen.

Selbst unter den aktiven Vertriebenen gibt es schon Abweichler, die nicht mehr an die Rückkehr in ihre alte Heimat denken und bereits ausrechnen lassen, was bei einer Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze finanziell für sie herausspringen könnte.

Zwar postulierte der damalige Vertriebenen-Präsident Reinhold Rehs noch vor wenigen Monaten: „Das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht ist nicht verkäuflich, wir werden unsere Ansprüche nicht versilbern.“

Doch Teile seiner Gemeinde wollen sie nun vergoldet haben. So kündigte der Präside des „Bauernverbandes der Vertriebenen“, Franz Weiß, an, er werde bei einer Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze notfalls auf dem Klageweg von der Bundesregierung eine volle Entschädigung für die Eigentumsverluste verlangen.

Hans Neuhoff, Vorsitz der Lastenausgleichs-Ausschusses im BdV, hat bereits eine Verlustrechnung aufgemacht. In einem Memorandum für Warschau-Unterhändler Duckwitz beziffern die Vertriebenen den Wert ihres im Osten zurückgelassenen Vermögens auf 150 Milliarden Mark.

Das Surreale derartiger Forderungen wird die Einkehr politischer Vernunft kaum noch aufhalten können. Denn heute scheint möglich, was es in der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen seit Jahrhunderten nicht gegeben hat: ein Ausgleich auf Dauer ohne umstrittene Grenzen. Seit der ersten polnischen Teilung von 1772 wurden die Polen von ihren Nachbarn im Westen entweder bedroht oder unterdrückt.

Gemeinsam mit Rußland und Österreich löschte Preußen in den Teilungen



Exekution im besetzten Polen
„Polens Existenz ist unerträglich“

von 1793 und 1795 das polnische Reich von der Landkarte.

Reichsgründer Bismarck eröffnete mit seiner Germanisierungspolitik im preußischen Teil Polens jenen Kampf um Sprache und Boden, der am Ende zu Hitlers Polen-Mord führte: Er verordnete Deutsch als einzige Amtssprache und ließ 26 000 Polen und Juden (ohne deutschen Paß) ausweisen.

In acht Jahren, zwischen 1896 und 1904, kauften die Deutschen in Posen und Westpreußen 240 000 Hektar auf und schufen rund 25 000 deutsche Bauernstellen. Der Kaiser selbst mahnte damals seine ostdeutschen Untertanen, „hier auszuhalten“. Wer, so sagte er in Gnesen 1905, „als Deutscher ohne



Deutsche Flüchtlinge 1945
„Den Deutschen auf die Zehen treten“

Grund seinen Besitz im Osten veräußert, der versündigt sich an seinem Vaterland“.

123 Jahre nach der letzten Teilung, als am Ende des Ersten Weltkriegs alle drei Teilungsmächte von 1795 zusammengesunken waren, erstand Polen mit den alten Grenz-Problemen wieder.

Der Versailler Vertrag brachte den deutsch-polnischen Grenzgebieten keinen Frieden. Ein Drittel der Bevölkerung Polens bekannte sich zu anderen Nationen.

In der Reichswehr und unter den Konservativen fanden sich viele, die mit den Sowjets gegen die Polen fraternisierten. Hans von Seeckt, der Reichswehr-Chef: „Polens Existenz ist unerträglich.“ Der Hitler-Stalin-Pakt, Auftakt des Zweiten Weltkriegs, setzte Friedrich II., Bismarcks, Seeckts und Stresemanns Polen-Politik gradlinig fort.

Sechs Millionen Polen starben zwischen 1939 und 1945 durch Krieg, Terror, Deportation und amtlichen Mord. „Besonders hoch“, so eine amtliche polnische Darstellung, „waren die Verluste unter den Vertretern der Wissenschaft, Kultur und hochqualifizierter Intelligenzberufe.“

In der letzten Phase des Mordens waren die Deutschen die Gejagten. Von den neun Millionen Deutschen jenseits der Oder-Neiße-Linie starben bei und nach Kriegsende rund 1,2 Millionen einen durch Gewalt oder Hunger verursachten Tod.

Hitlers Unrecht veranlaßte die alliierten Staatschefs, Völkerrechts-Normen für die Deutschen außer Kraft zu setzen. Ausdrücklich erklärte der britische Premier Winston Churchill im Unterhaus, daß das in der Atlantik-Charta vom 14. August 1941 ausgesprochene Annexions-Verbot nicht gegenüber Deutschland gelte.

Auf der Konferenz von Teheran im November und Dezember 1943 trat Churchill in der Hoffnung auf ein nicht-kommunistisches Polen für polnische Annexionen zu Lasten Deutschlands ein: Wenn Polen „einigen Deutschen auf die Zehen trete, so müsse man sich damit abfinden“.

Erst spät begriff der britische Premier, daß die sowjetische Besetzung ein kommunistisches Polen entstehen lassen würde; er begann, gegen polnische Ansprüche im Westen, insbesondere gegen die Grenzziehung an der Görätzer Neiße, zu protestieren.

„Es wäre ein Jammer“, seufzte Churchill in Jalta im Februar 1945, „wenn man die polnische Gans so mit deutschem Futter vollstopfte, daß sie an Verdauungsschwierigkeiten zugrunde gehen“ könne.

Nach der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945, bei den Sieger-Verhandlungen in Berlin und Potsdam, ging es zuletzt nur noch um das Gebiet zwischen den beiden schlesischen Neißen, in dem bei Kriegsende rund 2,7 Millionen Deutsche beheimatet waren. Am Ende aber gaben die westlichen Alliierten auch in dieser Frage nach.

Gleichwohl hinterließen die drei Großen, Truman, Stalin und Attlee, ein vieldeutiges Werk.

Auf der einen Seite

- ▷ nannten sie die Oder-Neiße-Linie nicht eine „Grenze“, sondern eine „Demarkations-Linie“,
- ▷ bestimmten sie, daß die „endgültige Festlegung“ der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz mit Deutschland zurückgestellt werde,
- ▷ unterstrichen sie den vergleichsweise provisorischen Charakter der Oder-Neiße-Linie, indem sie zwischen der Abtretung des Gebiets von Königsberg an die Sowjet-Union und der Abtretung der übrigen deutschen Ost-Gebiete an Polen unterschieden; jene sollte endgültig sein, bei den anderen Gebieten war davon jedenfalls nicht die Rede.

Auf der anderen Seite beschlossen die drei

- ▷ „die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland“ — ein Beschluß, der unverständlich gewesen wäre, wenn die drei in der Oder-Neiße-Linie nicht de facto eine endgültige Grenze gesehen hätten.

Was Churchill und Stalin am runden Konferenztisch von Teheran im November 1943 mit Streichholzschachteln absteckten, markierten im Frühjahr 1945 Soldaten der polnischen Armee mit rot-weiß gestrichenen Holzpfehlen am Ufer von Oder und Neiße: Polens territorialen Zugewinn im Westen.

103 000 Quadratkilometer an deutschem Reichsgebiet erwarb Polen im Westen; im Osten schrumpfte es dafür um 181 000 Quadratkilometer, die der Sowjet-Union einverleibt wurden.

Die Neusiedler im Westen kamen zum Teil aus den polnischen Ostgebieten — aber weit weniger, als die Presse der Landsmannschaften in Deutschland behauptet. Fast ebenso viele wanderten aus Zentralpolen in den neuen Raum.

Der intensive Auf- und Ausbau des Neulands begann — nicht zuletzt we-

gen der unklaren territorialen Rechtslage — im großen Stil erst nach 1956.

Bis Ende der sechziger Jahre investierte der polnische Staat 64 Milliarden Mark in den ehemals deutschen Gebieten an der Oder und Neiße. Fast ein Drittel aller Fabriken der Volksrepublik Polen — die hinter der DDR, Kanada und Italien heute an elfter Stelle in der Weltrangliste der Industriestaaten steht — produziert in den neuen Westgebieten.

Entgegen der seit Jahren von den westdeutschen Landsmannschaften verbreiteten „Distelkunde“ über die drohende Versteppung der ehemals deutschen Provinzen kommen auch 28 Prozent der gesamten polnischen Weizenerte und 25 Prozent des Viehbestandes aus dem polnischen Westen.

Von den rund 8,5 Millionen Polen, die heute in den einst deutschen Ostgebieten leben, ist fast jeder zweite dort auch geboren. In keiner polnischen Region war der von Regierung und Partei geförderte Baby-Boom der fünfziger Jahre so groß wie im polnischen Westen.

Dies Land von dem Anspruch der Deutschen zu befreien, Rechtsens gehöre es ihnen, war seit dem Kriegsende eines der wichtigsten Ziele polnischer Außenpolitik. 1950 unterzeichneten DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl und der polnische Premier Jozef Cyrankiewicz in Zgorzelec (Görlitz) einen Vertrag über die „Friedensgrenze“. Die erste reelle Chance, ein ähnliches Abkommen mit den Westdeutschen zu erreichen, schien sich 1969 zu bieten.

Nach der auch für den Osten überraschenden Wahl des Sozialdemokraten Willy Brandt zum deutschen Bundeskanzler im Herbst 1969 hatte es Gomułka eilig, bei der neuen Bonner Regierung vorzufühlen.

Für Polens Tempo gab es Gründe:

- ▷ Warschau mußte befürchten, es werde bei der von Bonn angekündigten ostpolitischen Offensive als schwierigster Partner mit seinem umstrittenen Grenzproblem hinten geraten. „Denn die Deutschen sind

plötzlich geneigt, dieses oder jenes anzuerkennen, wollen weder heiß noch kalt kämpfen und sind offenbar vor allem darum besorgt, der Sowjet-Union und der DDR, Gott behüte, nicht zu nahe zu treten“, klagte Anfang des Jahres das Krakauer Wochenblatt „Tygodnik Powszechny“.

- ▷ Warschau ist daran interessiert, die Garantie für die Oder-Neiße-Grenze in bilateralen Verträgen auszuhandeln. Deutschland-Experte Wojna zum SPIEGEL: „Komplexe



Lösungen sind immer ein Kompromiß.“

- ▷ Aus seinen geschichtlichen Erfahrungen macht sich Warschau Sorge, daß sich bei veränderter Interessenlage Russen und Deutsche erneut auf Kosten der Polen arrangieren könnten.
- ▷ Die wirtschaftliche Leistungskraft der Bundesrepublik und ihr wachsender Einfluß im EWG-Raum ließ sie für Warschau als geeigneten Partner erscheinen, den polnischen Wirtschaftsplan durch ökonomische Hilfen anzukurbeln und Polens Außenhandelsgeschäft zu fördern.

Diese Motive beengten von Anfang an den Warschauer Verhandlungsspielraum. Bonner Vorbehalte und Kompromiß-Formeln stießen auf Mißtrauen.

So lehnte der Warschauer Unterhändler, Vize-Außenminister Winiewicz, den Bonner Vorschlag ab, die Respektierung der polnischen Westgrenze lediglich in einem Gewaltverzichts-Abkommen zwischen Polen und der Bundesrepublik auszusprechen:

Der mißtrauische Warschauer konnte darauf verweisen, daß auch das deutsch-polnische Nichtangriffsabkommen, das Polens Staatspräsident Marschall Pilsudski und Außenminister Beck am 28. Januar 1934 mit Hitler-Deutschland abschlossen, keinen Gebiets-, sondern nur „völligen Gewaltverzicht“ enthielt. Fünf Jahre später überfielen die Nazis ihren Nachbarn im Osten.

Von den Westdeutschen wünschen sich die Polen deshalb eine eindeutige

* Nach der Unterzeichnung des Vertrags über die DDR-Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze in Zgorzelec (Görlitz) 1960.



Oder-Neiße-Partner Grotewohl, Cyrankiewicz*: „Was wird in 20 Jahren sein?“

Garantie. An der umstrittenen Frage eines für beide Teile tragbaren Vertragstextes drohte die dritte Warschauer Gesprächsrunde in der vorletzten Woche zu scheitern.

Der Druck des nationalistischen Flügels der polnischen KP unter dem ehemaligen Partisanen-General Mieczyslaw Moczar versteifte in Warschau die Fronten. Neun Tage vor der jüngsten Visite des Bonner Emissärs Duckwitz in Warschau hatten die Falken in der polnischen KP ihre Normalisierungs-Bedingungen für Bonn formuliert: Auch die Anerkennung der DDR gehörte dazu.

Am vorletzten Donnerstag, an dem Tag der Rückkehr des Parteichefs Gomułka von den Moskauer Lenin-Feiern und noch vor Ende der Gespräche zwischen Winiewicz und Duckwitz, sprach der Warschauer Falke Moczar vor den leitenden Partei-

ihre ursprüngliche Prioritäten-Liste ändern mußte.

Als Brandt nach dem Bonner Machtwechsel seine neue Ostpolitik konzipierte, hatte er ein Arrangement mit Moskau an die erste Stelle gesetzt. Der neue Kanzler war davon ausgegangen, daß eine Generalvereinbarung mit der Führungsmacht des Ostens gefunden werden müsse, bevor ein Ausgleich mit den anderen Warschau-Pakt-Staaten möglich sei.

Doch Warschau wartete nicht auf das Ergebnis der deutsch-sowjetischen Verhandlungen. Es zeigte Ansätze zu einer eigenständigen Außenpolitik, indem es bilaterale Arrangements mit Bonn vorantrieb.

Dabei störten sich die Polen nicht an der Forderung Ost-Berlins, erst nach der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik einen Grenzvertrag mit Bonn abzu-

FDP-Oberschlesier Erich Mende informierte bereits seinen Parteifreund, den Außenminister Scheel: „Die Grenzformel der Regierung ist für mich nicht akzeptabel.“ Und: „Es ist besser, einen Vertrag nicht zu unterzeichnen, der im Bundestag keine Aussicht auf Mehrheit hat.“

Auch in der SPD-Fraktion sitzen Berufsvertriebene wie der in Ceylon geborene Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien und Mitglied des EdV-Präsidiums, Herbert Hupka, mit dessen Widerstand die Regierungsplaner rechnen.

Beamte des Kanzleramts haben bereits im Handbuch des sechsten deutschen Bundestags die Freunde und Gegner eines Grenzvertrags sowie mögliche Stimmen-Enthalter zu eruierten versucht. Vorläufige Diagnose: Abweichler im Regierungslager könnten durch Zugänge aus der Opposition wettgemacht werden, die man beim Anhang des anerkennungswilligen Katholikenzirkels „Bensberger Kreis“ vermutet.

Mittlerweile hat Staatssekretär Duckwitz die ursprünglich auf breite Bonner Mehrheit bedachten Polen davon überzeugt, daß auch mit schmaler SPD/FDP-Mehrheit getroffene Vereinbarungen von künftigen CDU-Regierungen respektiert werden müssen.

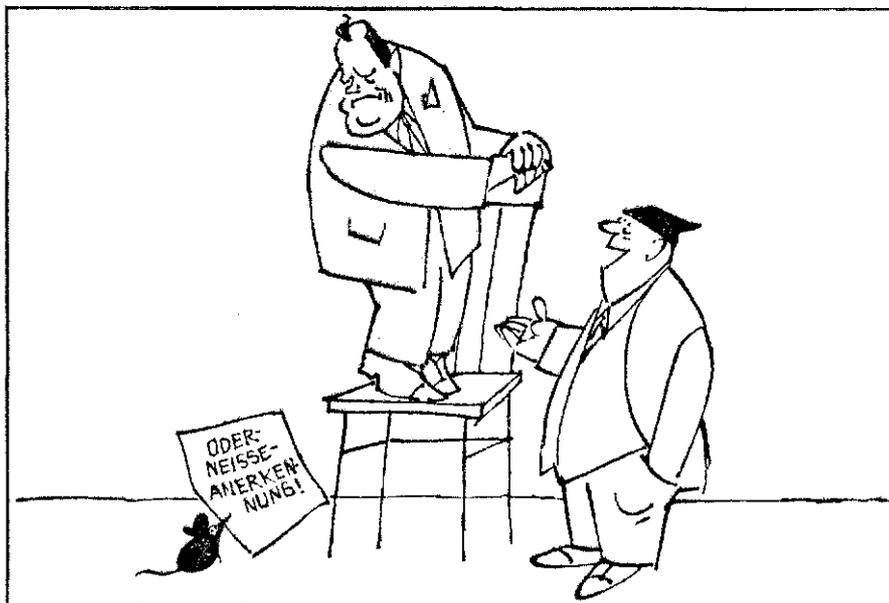
Als Beispiel für deutsche Vertragstreue führte Duckwitz an, daß sich die sozialdemokratische Regierungspartei gerade bei der Grenzregelung mit Polen immer wieder auf den Deutschland-Vertrag von 1954 berufe, obwohl er gegen den erbitterten Widerstand der SPD von CDU-Kanzler Adenauer und seiner Fraktion im Bundestag durchgepeitscht worden sei.

Für den Fall einer Abstimmungsniederlage im Parlament will Brandt die Auflösung des Bundestags herbeiführen und die Neuwahlen zum Volksentscheid über seine Ostpolitik machen.

Willy Brandt hofft indes, daß er diese letzte Waffe nicht einzusetzen braucht. Er rechnet noch auf ein Kompensationsgeschäft, das den Widerstand der Opposition und in den eigenen Reihen dämpfen könnte: Warschau soll für die deutsche Unterschrift unter einen Grenzvertrag den ausreisewilligen Polen deutscher Herkunft den Weg in die Bundesrepublik freigeben und in einem Vertragsannex die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zugestehen.

Der Kanzler brächte dann als Ergebnis seiner Ostkontakte deutsche Menschen heim, wie vor 15 Jahren Konrad Adenauer, der für den Botschafteraustausch zwischen Bonn und Moskau 10 000 deutsche Kriegsgefangene freibekam.

Zwar ersehnen die Bundesbürger nicht gerade die Heimkehr der Polen-Deutschen. Aber Brandt rechnet fest damit, daß sich die Opposition nicht mehr zu sperren vermag, wenn er im Bundestag ankündigen kann: Nach der Ratifizierung eines Grenzabkommens dürfen mehrere hunderttausend Deutsche heim ins Westreich.



Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt

Unter der Obhut der Demoskopen: „Du brauchst aber keine Angst zu haben, Willy — ich habe ja auch keine!“

kadern der polnischen Armee und verkündete von sich aus das Verhandlungsergebnis.

Erst für den 25. April (Samstag) — den Tag der Abreise von Duckwitz aus Warschau — gab die polnische Zensur der Armeezeitung „Zotnierz Wołności“ den Bericht über die voreilige Siegesmeldung frei:

„Die westdeutsche Seite“ — so zitierte das Soldatenblatt die Moczar-Rede — „hat sich mit der für uns einzig annehmbaren Gesprächsgrundlage einverstanden erklärt, die von Wladyslaw Gomułka im Mai vorigen Jahres dargelegt wurde, das heißt mit Gesprächen über einen Vertragsabschluß für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik als endgültig.“

Trotz aller Störmanöver der Falken in Warschau und in Bonn machte der deutsch-polnische Dialog so rasche Fortschritte, daß die Bundesregierung

schließen. Noch Anfang letzter Woche versuchte DDR-Außenminister Otto Winzer in Warschau seinen Kollegen Jedrychowski auf DDR-Kurs zu bringen. Doch der Pole reagierte kühl: Er fand sich lediglich bereit, Ost-Berlin die polnische „Unterstützung“ der Anerkennungsforderung zu versprechen.

Unterdessen machen sich die Bonner Regierungsplaner, die den Abschluß eines Vertrags mit Polen noch für dieses Jahr erwarten, Gedanken darüber, wie die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze innenpolitisch durchgesetzt werden kann.

Denn auch in den beiden Koalitionsparteien SPD und FDP gibt es Gegner des formellen Verzichts auf die Ostgebiete, der vom Bundestag ratifiziert werden muß. Angesichts der knappen Regierungsmehrheit von nur zwölf Stimmen genügen schon wenige Dissidenten in den beiden Regierungsfractionen, um das Vertragswerk im Parlament zu Fall zu bringen.